

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 12.12.2006
im Kreishaus Borken,
Kreisausschuss-Sitzungssaal (2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Herr Wilhelm Stilkenbäumer 48734 Reken

Mitglieder:

Frau Dr. Marie-Elisabeth Averkamp 48734 Reken
Herr Hubert Bestert 46354 Südlohn
Frau Barbara Büscher 48703 Stadtlohn
Frau Heidi Buskase 48599 Gronau
Herr Manfred Daberkow 48599 Gronau
Herr Dietmar Eisele 48683 Ahaus
Herr Markus Jasper 48619 Heek
Herr Gerhard Ludwig 46325 Borken
Frau Stephanie Pohl 48712 Gescher
Frau Ursula Schulte 48691 Vreden
Frau Silke Sommers 46399 Bocholt
Frau Gerti Tanjsek 46397 Bocholt
Herr Heinz-Josef Tönnies 46359 Heiden

Vertretung für Herrn Johannes
Maus

Frau Ursula Zurhausen 46325 Borken

Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Werner Haßenkamp
Herr Dr. Gerhard Ettliger
Herr Reinhard Groschke
Herr Hans Ritter
Frau Doris Gausling
Herr Jürgen Ahlte
Herr Jürgen Bietenbeck

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift werden nicht erhoben.

**Punkt 1: Projekt "Leben im Alter neu denken - Kreis Borken bewegt"
- Weitere Arbeit mit den Zielgruppen und Weiterführung/Übertragung
von Angeboten
Vorlage: 0286/2006**

Berichterstatterin:

Frau Gausling

Mitglied Schulte beantragt für die SPD-Fraktion, die Entscheidung über diesen Tagesordnungspunkt bis nach der nächsten Sitzung der Lenkungsgruppe „Leben im Alter neu denken“ am 24.01.2007 zurückzustellen. Die Entscheidungsfindung müsse von der Lenkungsgruppe wieder in den Ausschuss getragen werden. Es lägen dem Ausschuss keine Kenntnisse vor, inwieweit durch die einzelnen Projekte die gesteckten Ziele erreicht worden seien. Aus diesem Grunde sollte die Sitzung der Lenkungsgruppe im Januar 2007 abgewartet werden, um abschließend inhaltlich über das weitere Vorgehen diskutieren zu können.

Mitglied Eisele unterstützt im Namen der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN diesen Antrag.

Herr Haßenkamp bemerkt, dass es hier um die grundsätzliche Frage gehe, wie politisch bzw. fachlich gearbeitet werde. Die fachliche Auseinandersetzung mit den einzelnen Projekten sei in der Lenkungsgruppe erfolgt, die sich mit ihren kompetenten Mitgliedern umfangreich und intensiv mit den einzelnen Problematiken auseinander gesetzt habe. Diese Aufgabe könne im Ausschuss nicht geleistet werden. Selbst für das Nachvollziehen der in der Regel im Rahmen von ausführlichen Diskussionen getroffenen Einschätzungen dürften die fachlichen Voraussetzungen fehlen. Außerdem finde die nächste Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit erst im März 2007 statt. Es sei nicht sinnvoll, die Maßnahmen zum 31.12.2006 zu beenden und sie dann nach einigen Monaten erneut zu starten. Es sei zudem beabsichtigt, im März 2007 der Öffentlichkeit im Rahmen einer Fachtagung die Ergebnisse des Projektes vorzustellen. Darüber hinaus verabschiede der Kreistag am 18.01.2007 den Haushalt 2007.

Vorsitzender Stilkenbäumer gibt zu bedenken, dass eine solche Vorgehensweise die Arbeit der Lenkungsgruppe torpedieren würde.

Frau Gausling ergänzt hierzu, dass die Lenkungsgruppe am 24.01.2007 nicht erneut über ihre Ergebnisse diskutieren werde. Vielmehr gehe es dann darum, das Projekt in seiner Gesamtheit zu bewerten, also darüber nachzudenken, ob die Art und Weise der Durchführung des Projektes optimal und wie effektiv und effizient die einzelnen Maßnahmen gewesen seien. Darüber hinaus gehe es um Überlegungen hinsichtlich der Übertragungsmodalitäten.

Auf Nachfrage, welche konkreten Informationen verlangt würden, antwortet Mitglied Schulte, dass Aussagen dazu erwartet würden, mit welchem Projekt inwieweit die Ziele

- Menschen so lange wie möglich ein eigenständiges Leben zu Hause zu ermöglichen
- Finanzmittel einzusparen

erreicht worden seien.

Frau Gausling erwidert hierauf, dass man das Oberziel „Selbstständiges Leben im Alter“ auf fünf Zielgruppen heruntergebrochen habe. Bezüglich jeder einzelnen Zielgruppe bestünden andere Wirkungsziele und seien andere Wirkungsvereinbarungen geschlossen worden. Damit könne wegen der fehlenden Vergleichbarkeit keine Aussage dazu gemacht werden, mit wie viel Prozent ein Projekt das Ziel „Selbstständiges Leben im Alter“ erreicht habe. Hinsichtlich des Finanzzieles lägen ebenfalls noch keine harten Fakten vor; hierfür sei eine Studienzeit von mindestens 24 Monaten erforderlich.

Im Rahmen der nachfolgenden Diskussion wird folgender Vorschlag entwickelt:

1. Der Punkt 1 des Beschlusentwurfes wird unter der Prämisse beschlossen, dass der Betrag von 170.000 € mit einem Sperrvermerk versehen wird.
2. Die Entscheidung über die Punkte 2 bis 7 wird bis zu einer Sondersitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 01.02.2007 zurückgestellt.
3. Es besteht Einigkeit darüber, dass die Projektarbeit mit den noch zur Verfügung stehenden Mitteln über den 31.12.2006 fortgesetzt wird.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über diesen Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

1. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag, das Gesamtbudget des Projektes von 1,25 Mio. € um einen Betrag von 170.000 € zu erhöhen. Damit stehen für das Jahr 2007 insgesamt 585.000 € zur Verfügung, wobei 500.000 € für die Weiterführung und Übertragung von Angeboten und 85.000 € für die externe Unterstützung der Projektsteuerung und Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden. Der Gesamtbetrag von 585.000 € wird über einen Haushaltsansatz von 280.000 € im Jahr 2007 und einen Haushaltsrest von voraussichtlich 305.000 € aus dem Jahr 2006 bereitgestellt. Der Betrag von 170.000 € wird mit einem Sperrvermerk versehen.
2. Die Entscheidung über die Punkte 2 bis 7 werden bis zu einer Sondersitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 01.02.2007 zurückgestellt.
3. Es besteht Einigkeit darüber, dass die Projektarbeit mit den noch zur Verfügung stehenden Mitteln über den 31.12.2006 fortgesetzt wird.

**Punkt 2: Förderung der Sozialarbeiter/innen im Allgemeinen Sozialen Dienst bei den Wohlfahrtsverbänden (siehe Vorlage: 0260/2006)
Vorlage: 0284/2006**

Berichterstatterin: Frau Gausling

Mitglied Pohl erklärt für die CDU-Fraktion, dass man die Förderung nicht in Frage stellen wolle, jedoch festgestellt habe, dass in den kleineren Kommunen hinsichtlich unterschwelliger Angebote eine Unterversorgung bestehe. Es werde daher von den Wohlfahrtsverbänden ein flächendeckendes Hilfsangebot verlangt. Über die entsprechende Ausweitung ihrer Hilfen sollten die Wohlfahrtsverbände Ende 2007 berichten.

Der Vorschlag wird von allen Fraktionen begrüßt.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den insofern erweiterten Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt, die Einzelvereinbarungen mit den Wohlfahrtsverbänden über die Förderung des Allgemeinen Sozialen Dienstes um drei Jahre (2007 bis 2009) unter der Voraussetzung zu verlängern, dass sie ihre Hilfsangebote nunmehr flächendeckend anbieten und über die Umsetzung dieser Forderung bis Ende 2007 berichten.

**Punkt 3: Vorberatung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2007
- Vorbericht zum Haushalt 2007
- Budget 01 "Soziales"
- Budget 04 "Gesundheitswesen"
Vorlage: 0281/2006**

Berichterstatter: Herr Groschke
Herr Dr. Ettliger

Es wird Einigkeit darüber erzielt, die zu beratenden Budgets seitenweise durchzugehen und in diesem Zusammenhang die gestellten Anträge zu beraten und zu beschließen.

Budget 01 - Soziales

Antrag 01-05 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Mittelfristige Ziele Maßnahmen 2007

Punkt 1 Vermittlung von langzeitarbeitslosen in Arbeit.....(Seite 23)

Herr Haßenkamp erinnert daran, dass im Zusammenhang mit dem Beschluss über das SGB II-Maßnahmenprogramm von Frau Lökes ausführlich dargelegt worden sei, dass man bei der Programmerstellung stärker auf den speziellen Bedarf abgestellt habe und insofern ein spezielles Frauenprogramm unnötig sei. Die Maßnahmen seien geschlechtsneutral, so dass Frauen genauso wie Männer daran teilnehmen könnten.

Mitglied Schulte und Mitglied Pohl weisen ergänzend darauf hin, dass nicht alle Frauen den gleichen Bedarf hätten und damit in eine Maßnahme gehören würden. Frauen seien immer ein Bestandteil der in der Maßnahmenplanung aufgeführten Zielgruppen. Da darüber hinaus von der Verwaltung zugesichert worden sei, dass keine Teilnahme an einer Maßnahme wegen der Betreuung der Kinder scheitere, bestünde keine Notwendigkeit für diesen Antrag.

Mitglied Eisele macht darauf aufmerksam, dass die Arbeitslosenquote bei Frauen zwischen 50 und 60 % betrage. Insoweit sei ein besonderes Augenmerk auf diesen Personenkreis zu richten, der Antrag werde daher aufrecht erhalten.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

- 1 Ja-Stimme
- 10 Nein-Stimmen
- 4 Enthaltungen

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Antrag 01-05), die Bemühungen zur Vermittlung von Frauen in Arbeit zu intensivieren und alle Möglichkeiten der Option zur speziellen Frauenförderung zu nutzen, wird abgelehnt.

Antrag 01-04 der SPD-Fraktion:

Erarbeitung eines Controllingsystems für Maßnahmen zur Eingliederung im Rahmen des SGB II (Seite 23)

Mitglied Schulte führt aus, dass die SPD-Fraktion Informationen zu der Wirksamkeit der durchgeführten Maßnahmen haben möchte und davon ausgehe, dass die Verwaltung bereits über ein entsprechendes Controllingssystem verfüge, um die Effektivität der Maßnahmen zu beurteilen. Zum Beispiel wären bislang keine Aussagen über den Kosten-Nutzen-Effekt der Maßnahmen oder die Kosten für eine Maßnahme pro Teilnehmer gemacht worden.

Herr Groschke und Herr Haßenkamp weisen auf die sehr ausführliche Berichterstattung zu dem Themenbereich SGB II hin. Komplexere Daten seien durch den Jahresbericht geliefert worden. Darüber hinaus seien einzelne Maßnahmen bis ins Detail vorgestellt worden. Dies sei jedoch nicht für sämtliche Maßnahmen machbar. Im nächsten Bericht werde man jedoch die erbetenen Informationen mit aufnehmen.

Darauf erklärt Mitglied Schulte den Antrag 01-04 für erledigt.

Antrag 01-01 der UWG-Fraktion:

Erarbeitung von Möglichkeiten zur Anerkennung der Tätigkeit im Bereich der häuslichen Pflege (Seite 32)

Mitglied Pohl unterbreitet den Vorschlag, den Antrag in das Projekt „Leben im Alter neu denken“ bei der Zielgruppe „Ältere Menschen mit pflegenden Angehörigen“ aufzunehmen und insoweit an die Lenkungsgruppe weiterzuleiten.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über diesen Vorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Antrag der UWG-Fraktion (Antrag 01-01) auf Erarbeitung eines Vorschlages, wie den Personen, die in der häuslichen Pflege tätig sind, eine Anerkennung ihrer häufig kostenfreien Tätigkeit zuteil werden kann, wird an die Lenkungsgruppe „Leben im Alter neu denken“ weitergeleitet.

Antrag 01-02 der UWG-Fraktion:

Erweiterung des ersten Ziels im Teilprojekt 01.03.02 um das Wort „bestmöglichsten“ (Seite 44)

Gegen diesen Antrag bestehen keine Einwände. Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Antrag somit ohne weitere Diskussion abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Im Teilprodukt 01.03.02 wird das erste genannte Ziel um das Wort „bestmöglichsten“ erweitert: *Gewährung einer „bestmöglichsten“ Unterbringung, Betreuung und Pflege....*

Anträge 01-06, 01-07 und 01-08

Bezuschussung des Projektes „Männer stellen sich ihrer Gewalt“

Hinsichtlich der Anträge 01-06, 01-07 und 01-08 zum Projekt „Männer stellen sich ihrer Gewalt“ schlägt Vorsitzender Stilkenbäumer vor, diese gemeinsam zu diskutieren.

Sowohl die SPD-Fraktion als auch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN begründen ihre Anträge mit dem Willen, dieses Projekt zu unterstützen.

Mitglied Pohl begründet den Antrag der CDU-Fraktion dahingehend, dass dem Träger zumindest eine geringe Eigenbeteiligung abverlangt werden sollte, dafür aber eine Planungssicherheit für drei Jahre gegeben werde.

Diese Auffassung findet ebenfalls bei der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Zustimmung. Vorsitzender Stilkenbäumer lässt daher über den Antrag 01-08 abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Dem „Runden Tisch GewAlternativen“ wird für drei Jahre (2007 – 2009) jeweils ein Zuschuss in Höhe von 10.000 € gewährt.

Der „Runde Tisch GewAlternativen“ führt mit diesem Zuschuss das für den Kreis Borken initiierte Beratungsprojekt fort.

Dem Ausschuss ist nach Ablauf eines Jahres ein Bericht über die geleistete Arbeit vorzulegen.

Der Antrag 01-03 der SPD-Fraktion wurde im Zusammenhang mit der Beratung zum TOP 1 bis zur Sondersitzung am 01.02.2007 zurückgestellt.

Budget 04 - Gesundheitswesen

Mitglied Pohl regt hinsichtlich der Umsetzung der abgestimmten Zielvereinbarung zur Eingliederungshilfe Wohnen (Ziel 4 der Mittelfristigen Ziele auf Seite 127) an, Kontakt mit den stationären Einrichtungen zu suchen und dort Informationen einzuholen, welche Infrastruktur für ein Wechseln ins betreute Wohnen erforderlich ist.

Es wird vereinbart, Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit in 2007 in entsprechenden Einrichtungen durchzuführen.

Hinsichtlich der auf Seite 133 ausgewiesenen Transferleistungen bittet Mitglied Schulte um Informationen, worauf diese Leistungen im Einzelnen entfallen. Die von Herrn Dr. Ettliger in diesem Zusammenhang erteilten Informationen sind als Anlage 1 zur Niederschrift beigelegt.

Anträge 04-03 der SPD-Fraktion und 04-05 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Förderung der familienorientierten Arbeit mit Kindern und Jugendlichen alkoholabhängiger Eltern/-teile (Kolibri) (Seite 133)

Mitglied Schulte und Mitglied Eisele erläutern ihre Anträge. In diesem Zusammenhang wird darum gebeten, in einer der nächsten Sitzungen aktuelles Zahlenmaterial über die Tätigkeit des Kreuzbundes auf diesem Gebiet vorzulegen.

Mitglied Pohl macht darauf aufmerksam, dass nach dem vorliegenden Geschäftsbericht ein hoher Kostenanteil auf die Geschäftsführung von Kolibri entfalle.

Sowohl Mitglied Daberkow als auch Vorsitzender Stilkenbäumer machen außerdem deutlich, dass Kolibri nur regional auf Bocholt begrenzt tätig sei. Eine Finanzierung aus Umlagemitteln sei damit nicht zu rechtfertigen.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über die Anträge 04-03 und 04-05 abstimmen.

Beschluss:

5	Ja-Stimmen
10	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

Die Anträge der SPD-Fraktion (04-03) und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dem SKM für das Projekt „Kolibri“ einen Zuschuss zu bewilligen, werden abgelehnt.

Anträge 04-01 der SPD-Fraktion

Durchführung von Müttersprechstunden

Mitglied Schulte erinnert an die positiven Effekte der Müttersprechstunden vergangener Jahre.

Herr Dr. Ettliger entgegnet darauf, dass früher noch keine flächendeckende kinderärztliche Versorgung bestanden habe. Dieses Manko sei durch die Müttersprechstunden aufgefangen worden. Zuletzt seien sie nur noch in einzelnen schlecht versorgten Gemeinden durchgeführt worden. Müttersprechstunden gebe es jedoch schon seit vielen Jahren nicht mehr, da nunmehr eine entsprechende ärztliche Versorgung durchgehend gewährleistet sei.

Vor ca. 5 bis 6 Jahren habe man eine Sprechstunde für türkische Mütter angeboten. Informationen hierzu seien über Rundfunk und Presse gestreut worden. Zudem seien potenzielle

Besucherinnen schriftlich vom Fachbereich Gesundheit auf türkisch eingeladen worden. Die Resonanz sei enttäuschend gewesen.

Vor diesem Hintergrund und dem Umstand, dass junge Mütter heute zusätzlich die Möglichkeit hätten, auf Kosten der Krankenkasse zehnmal eine Hebamme für solche nachgehenden Gespräche zu konsultieren, halte er die Wiedereinführung von Müttersprechstunden für nicht Erfolg versprechend.

Mitglied Tönnies unterbreitet den Vorschlag, dieses Anliegen eher dem Jugendhilfeausschuss vorzutragen. Herr Dr. Ettliger hält diese Vorgehensweise für sinnvoller, als eine reine Müttersprechstunde einzurichten.

Mitglied Schulte erklärt darauf, dass der Antrag zurück zu einer weiteren Beratung in die Fraktion genommen werde.

Antrage 04-04 der SPD-Fraktion

Wegfall der Gebühren für die amtsärztliche Unterrichtung in Schulen

Herr Dr. Ettliger informiert darüber, dass die angesprochene Belehrung für Beschäftigte im Lebensmittelbereich nach den §§ 42 und 43 IfSG vorgeschrieben sei und nach der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (AVerwGebO NRW) eine Gebühr zwischen 15 € und 25 € pro Person erhoben werden müsse. Der Kreis Borken erhebe – wie die meisten Nachbarkreise – eine Gebühr von 20 €.

Im Unterschied zu den Nachbarkreisen werde im Kreis Borken für Gruppen von Schülerpraktikanten eine „Deckelung“ bei 100 € vorgenommen, d. h. eine Gruppe von z. B. 20 Schülern zahle anstatt 400 € lediglich 100 €.

Ein Verzicht auf die Gebührenerhebung sei nach der AVerwGebO NRW nicht vorgesehen und verstieße auch gegen das Kostendeckungsprinzip.

Ergänzend führt Herr Dr. Ettliger aus, dass im Übrigen kein „alter Film“ über das Händewaschen gezeigt werde. Im Frühjahr 2006 sei ein neuer DVD-Film angeschafft worden, der eine Vielzahl wichtiger Hinweise auf hygienisch einwandfreie Verhaltensweisen im Umgang mit Lebensmitteln vermittele. Zusätzlich finde nach der Filmvorführung eine persönliche Unterweisung durch Fachpersonal des Gesundheitsamtes statt und die Teilnehmer hätten die Gelegenheit, noch offene Fragen zu klären.

Im Anschluss lädt Herr Dr. Ettliger die Ausschussmitglieder ein, sich von der Qualität und Preiswürdigkeit der vom Gesundheitsamt des Kreises Borken durchgeführten Belehrungen zu überzeugen.

Auf Grund der obigen Ausführungen wird der Antrag 04-04 zurückgenommen.

Nachdem alle Anträge zum TOP 3 behandelt wurden, lässt Vorsitzender Stilkenbäumer über den Beschlussentwurf unter Berücksichtigung der bereits beschlossenen Änderungen abstimmen.

Beschluss: 10 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 5 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag die Annahme der Budgets 01 „Soziales“ und 04 „Gesundheitswesen“ für das Jahr 2007 unter Berücksichtigung der bereits beschlossenen Änderungen.

Punkt 4: Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit für das Jahr 2007
Vorlage: 0282/2006

Berichterstatter: Herr Haßenkamp

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den um die Sondersitzung am 01.02.2007 erweiterten Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Die Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit für das Jahr 2007, ergänzt um die Sondersitzung am 01.02.2007, wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5: Projekt "Leben im Alter neu denken - Kreis Borken bewegt"
Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 10.12.2006
Vorlage: 0309/2006

Der Antrag wird im Zusammenhang mit dem TOP 1 bis zur Sondersitzung am 01.02.2007 zurückgestellt.

Punkt 6: Projekt "Leben im Alter neu denken - Kreis Borken bewegt" - Lenkungsgruppe
Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 10.12.2006
Vorlage: 0310/2006

Der Antrag wird im Zusammenhang mit dem TOP 1 bis zur Sondersitzung am 01.02.2007 zurückgestellt.

Punkt 7: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 7.1: Kommunale Gesundheitskonferenz

Die Kommunale Gesundheitskonferenz hat seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit nicht getagt.

Punkt 7.2: Kreispflegekonferenz

Die Kreispflegekonferenz hat seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit nicht getagt.

Punkt 7.3: Bericht des Gemeindeprüfungsamtes

Herr Haßenkamp informiert darüber, dass seit gestern der Bericht des Gemeindeprüfungsamtes vorliege. Dieser Bericht werde der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt und solle in der Märzsitzung thematisiert werden.

Punkt 7.4: Härteausgleich

Herr Haßenkamp gibt bekannt, dass das Verwaltungsgericht Münster die Klage der Stadt Gronau auf einen Härteausgleich abgewiesen habe. Das Urteil ist als Anlage 3 der Niederschrift beigefügt.

Punkt 7.5: Genesungswünsche an Frau Scherwinski

Herr Haßenkamp berichtet darüber, dass er entsprechend dem Auftrag des Ausschusses Genesungswünsche an Frau Scherwinski mit einem Buchpräsent ausgerichtet habe und verliest das Dankschreiben der Kollegin.

Punkt 8: Anfragen

**Punkt 8.1: Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 29.11.2006
Vorlage: 0289/2006**

Hinsichtlich der Zurückstellung des TOP 1 verzichtet Mitglied Schulte auf eine Beantwortung der Fragen 6 und 9.

Zu den übrigen Fragen erteilt Herr Groschke folgende Antworten:

Zu 1: Die Zahl 3.700, die der Landrat in der Haushaltsrede genannt habe, sei eine Prognose für das Jahr 2006 gewesen. Bis einschließlich Oktober 2006 hätten bereits insgesamt rd. 3.500 Personen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können.

Zu 2: Details zu Art und Umfang der Arbeitsverhältnisse würden im Jahresbericht dargestellt.

Zu 3: Die Frage nach dem Erfolgsanteil von Maßnahmen an einer Vermittlung sei fast gar nicht bzw. nur in Einzelfällen und dann mit erheblichem Zeitaufwand zu beantworten.

Sofern nicht während oder unmittelbar im Anschluss an eine Maßnahme eine Vermittlung erreicht worden sei, sondern z. B. erst Monate später, sei es oftmals schwer zu beurteilen, ob und in welchem Umfang die Maßnahme Anteil am Vermittlungserfolg gehabt habe. Inhalt und Ergebnis der Maßnahme seien dabei entscheidend genauso wie persönliche Eigenschaften und Lebensumstände der Hilfeempfänger.

Zu 4: Aktuell würden sich ca. 700 Personen in einem Zusatzjob befinden. Aussagen über die Aufteilung in die verschiedenen Einsatzbereiche je Kommune und weitere ausführliche Information würden ebenfalls im Jahresbericht erfolgen.

Zu 5: Pflegebedürftige der Pflegestufe I hätten sich wie folgt in stationären Einrichtungen im Kreis Borken befunden:

2001: 648 Personen

2003: 764 Personen

2005: 833 Personen

Die Zahlen seien der Pflegestatistik der LDS NRW entnommen. Es handele sich um Stichtagsgrößen zum 15.12. der angegebenen Jahre.

Ergänzend führt Herr Groschke aus, dass der Kreis Borken alle Antragsteller/Bezieher von Hilfe zur Pflege in Einrichtungen mit der Pflegestufe 0 durch den Fachbereich Gesundheit begutachten lasse. Während der Zuständigkeit des Landschaftsverbandes habe es eine Vereinbarung gegeben, dass die vom MDK festgestellte Heimpflegebedürftigkeit auch bei der Pflegestufe 0 ungeprüft akzeptiert werde. Nunmehr sei der Kreis Borken Herr des Verfahrens und überprüfe selbst das Vorliegen der Voraussetzungen. Die Ergebnisse gäben dem Kreis Borken Recht. In den bisherigen Fällen sei es in Gesprächen mit den Betroffenen und deren Angehörigen gelungen, durch ambulante Angebote/Hilfen eine Heimaufnahme zu verhindern.

Zu 7: Ende Oktober 2006 hätten 962 Personen Hilfe zur Pflege in Einrichtungen erhalten. Damit liege die Zahl tatsächlicher Hilfeempfänger unterhalb der angenommenen Anzahl von 990 Personen für das Jahr 2006. Die unter 5 ausgeführten Maßnahmen hätten u. a. mit dazu geführt. Auch für das Jahr 2007 werde keine weitere Zunahme über die Kennzahl von 990 Personen hinaus erwartet.

Zu 8: Ein „Gutachten zur Grundsicherung **SGB II**“ sei weder vom Kreis Borken beschlossen noch in Auftrag gegeben.

Die auf Seite 31 aufgeführten Kosten für Transferaufwendungen in Höhe von 40.000 € für Gutachten - Grundsicherung **SGB XII** seien kein Honorar für ein Gutachten, sondern die Kostenposition für die vom Gesetzgeber geforderte Begutachtung von Hilfesuchenden, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung beantragen, durch die Rentenversicherungsträger. Die Rentenversicherungsträger hätten darüber zu entscheiden, ob Personen unter 65 Jahren dauerhaft voll erwerbsgemindert sind.

Hierfür seien den Rentenversicherungsträgern Kosten und Auslagen zwischen 100 € und 350 € je Fall zu erstatten.

Punkt 8.2: Haushaltsberatungen 2007: Produkt 01.01.01 Hilfen zum Lebensunterhalt etc. - Transferaufwendungen
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 09.12.2006
Vorlage: 0308/2006

Mitglied Eisele zieht die Anfrage zurück.

Punkt 8.3: Bundesfinanzierung Hartz IV 2007

Mitglied Daberkow bittet um Informationen, ob die Bundesfinanzierung Hartz IV für 2007 gesichert sei.

Herr Ahlte erklärt hierzu, dass die Haushaltsansätze beim Bund so geblieben seien, wie der Kreis Borken sie in seiner Budgetkalkulation berücksichtigt habe. Hinsichtlich des Verteilungsschlüssels soll eine Eingliederungsmittelverordnung beim Minister auf dem Tisch liegen und werde damit in Kürze erwartet.

Gleichwohl müsse mit einer Mittelsperre wie zu Mitte dieses Jahres gerechnet werden. Dies sei bei der Haushaltsplanung des Kreises Borken jedoch bereits mit einkalkuliert. Die Verpflichtungsermächtigungen für das erste Quartal 2007 seien jedoch so hoch, dass die geplanten Maßnahmen begonnen werden können.

Punkt 8.4: Unterkunftskosten im SGB II

Mitglied Ludwig bittet um Auskunft, wie sich die durchschnittlichen Unterkunftskosten einer Bedarfsgemeinschaft mit 300 € ergeben. Dieser Betrag schein für Unterkunftskosten sehr gering.

Herr Ahlte stellt klar, dass es sich bei diesem Betrag weder um den reinen Kreisanteil noch um die durchschnittlichen tatsächlichen Unterkunftskosten handele. Zu berücksichtigen sei, dass vorhandenes Einkommen zunächst auf die Regelleistungen und erst dann auf die Kosten für Unterkunft und Heizung angerechnet werden dürfen. Die genannten 300 € würden sich dadurch ergeben, indem die insgesamt für den Bereich Unterkunft anfallenden SGB II-Leistungsanteile auf die Zahl der Bedarfsgemeinschaften aufgeteilt würden.

Punkt 8.5: Personalverteilung/-kürzung bei den kreisangehörigen Städten/Gemeinden beim SGB II

Mitglied Jasper schildert, dass in Heek auf Grund des Umstandes, dass sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften reduziert habe, nunmehr eine Kürzung der Stellenanteile für die Vermittlung erfolge. Für die Sachbearbeiter sehe das so aus, als ob sie für ihre gute Arbeit bestraft würden. Das wäre schlecht für die Motivation. Er bittet insofern um Auskunft, ob nicht auch noch andere Aspekte in die Entscheidung mit einfließen (können).

Herr Haßenkamp bestätigt, dass dies eine unbefriedigende Situation sei. Als man sich 2004 für die Option aufgestellt habe, seien bestimmte Berechnungsschlüssel herangezogen worden. Die zur Verfügung stehenden 127 Stellen würden das gesamte Verwaltungsbudget vollkommen abdecken, weitere Stellen stünden insofern nicht zur Verfügung.

Mit der Lenkungsgruppe sei besprochen worden, die Stellenzuweisung den tatsächlichen Verhältnissen nach nunmehr 2 Jahren anzupassen. Hierbei wurde gesehen, dass die Fallbelastung in Teilbereichen nicht zu groß werden darf, da dies kontraproduktiv wäre. Die Vermittlungschancen eines Hilfesuchenden dürfe nicht von seinem Wohnort abhängen.

Diese Anpassung habe zu Verschiebungen bei jeder Gemeinde geführt, wobei die Stadt Ahaus mit dem Wegfall von zwei vollen Stellen die Hauptbetroffene sei.

Natürlich sei diese Maßnahme den Betroffenen schwer zu vermitteln. Anreiz für eine weitere engagierte Arbeit dürfte jedoch die 50%ige Kostenbeteiligung der Städte und Gemeinden sein. Insofern wären Überlegungen denkbar, Kosteneinsparungen als Rendite in einen (selbst finanzierten) höheren Personaleinsatz zu reinvestieren.

Zum Verbleib der betroffenen Mitarbeiter bestünden keinerlei Informationen.

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer schließt die Sitzung um 19:05 Uhr und wünscht allen ein frohes Fest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Wilhelm Stilkenbäumer
Vorsitzender

Jürgen Bietenbeck
Schriftführer